

Regina-Maria Dackweiler
Alexandra Rau
Reinhild Schäfer (Hrsg.)

Frauen und Armut – Feministische Perspektiven

Frauen und Armut – Feministische Perspektiven, 9783847422037, 2020
wurde mit IP-Adresse 134.147.155.201 aus dem Netz der UB Bochum am Juli 5, 2022 um 10:14:00 (UTC) heruntergeladen.
Das Weitergeben und Kopieren dieses Dokuments ist nicht zulässig.



Verlag Barbara Budrich

Frauen und Armut – Feministische Perspektiven

Geschlechterforschung für die Praxis

herausgegeben vom

Gender- und Frauenforschungszentrum
der Hessischen Hochschulen (gFFZ)

Band 5

Regina-Maria Dackweiler
Alexandra Rau
Reinhild Schäfer (Hrsg.)

Frauen und Armut – Feministische Perspektiven

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2020

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2020 Verlag Barbara Budrich, Opladen, Berlin & Toronto
www.budrich.de

ISBN 978-3-8474-2203-7 (Paperback)

eISBN 978-3-8474-1229-8 (eBook)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – www.lehfeldtgraphic.de

Lektorat und Satz: Ulrike Weingärtner, Gründau – info@textakzente.de

Druck: paper & tinta, Warschau

Printed in Europe

Inhaltsverzeichnis

Regina-Maria Dackweiler, Alexandra Rau, Reinhild Schäfer

Einleitung	9
-------------------------	----------

I. Gesellschafts- und armutstheoretische Zugänge

Hildegard Mogge-Grotjahn

Armutsrisiken von Frauen und Theorien sozialer Ungleichheit.	29
---	-----------

Regina-Maria Dackweiler

Feministische Armutsforschung als Gesellschaftsanalyse und Kapitalismuskritik.	46
---	-----------

Mona Motakef

Weibliche Armut in der Prekarisierungsforschung	66
--	-----------

Alexandra Rau

Das Regieren von Frauen* und Armut im Postwohlfahrtsstaat.	83
---	-----------

Heike Weinbach

„Klassismus“: eine Analysekategorie für Frauenarmutskontexte?	105
--	------------

Ortrud Leßmann

Wie Optionen für Frauen in Deutschland begrenzt sind – Einblicke des Capability-Ansatzes	125
---	------------

II. Diskurse und Politiken

Susanne Dern und Maria Wersig

Armutsrisiko Unterhaltsabhängigkeit – Der Spuk der Ernährerehe und seine Folgen für Einelternfamilien	143
--	------------

<i>Reinhild Schäfer</i>	
Armut im Kontext Früher Hilfen: als „mütterlicher Risikofaktor“ benannt, aber sozialpolitisch verkannt	168
<i>Rabea Krätschmer-Hahn</i>	
Frauenarmut in der kommunalen Sozialberichterstattung am Beispiel Wiesbaden – geschlechtsspezifische Armutsbetrachtung im SGB II	184
<i>Susanne Schultz und Anthea Kyere</i>	
Humanvermögen und Zeitpolitik als familienpolitische Konzepte in Deutschland. Eine Kritik aus der Perspektive der <i>Reproductive Justice</i>	201
<i>Jenny Künkel und Kathrin Schrader</i>	
Prekarität und Vulnerabilität in der Sexarbeit – Kritische Anmerkungen zum Diskurs der „Armutsprostitution“ aus intersektionaler Perspektive	219
<i>Clarissa Rudolph</i>	
„Armut ist eine Frau“ – Frauenpolitische Kampagnen gegen Frauenarmut und deren Wirkung	238
III. Entkoppelungen und Verwundbar-Machen	
<i>Angelika Koch</i>	
Alt und arm? Armutsrisiken von Frauen im Kontext der Alterssicherung	256
<i>Brigitte Sellach</i>	
Armut von Frauen mit Behinderung	279
<i>Diana Auth</i>	
Prekarisierung der Pflege(arbeit) = Armut der Pflegenden?.....	303

<i>Susann Thiel und Behshid Najafi</i>	
Armut von geflüchteten Frauen*: marginalisiert, schutzlos und unsichtbar?	325
<i>Anna Krämer und Karin Scherschel</i>	
Prekarität, Gender und Flucht	342
<i>Martina Bodenmüller</i>	
Wohnungslosigkeit von Frauen – auch ein Armutsphänomen	361
 IV. Leben ohne existenzielle Not – Wege in eine neue Gesellschaftlichkeit	
<i>Margit Appel</i>	
Armutsvermeidend? Emanzipatorisch? Bedingungsloses Grundeinkommen	382
<i>Gisela Notz</i>	
Erwerbsarbeit – (k)ein Königsweg aus FrauenArmut?	398
<i>Christa Wichterich</i>	
Care und Commons als transformatorische Strategien gegen Versorgungs-, Anerkennungs- und Zeitarmut	416
<i>Kerstin Rathgeb</i>	
Frauen und Armut: Soziale Arbeit durch die Produktion Sozialer Infrastruktur nach Jane Addams als Ausgangspunkt von Gegenstrategien und widerständigen Handlungsweisen.....	433
<i>Gabriele Winker</i>	
Care als Armutsrisiko – Care Revolution als politische Antwort.....	450
Autorinnen	469

Humanvermögen und Zeitpolitik als familienpolitische Konzepte in Deutschland. Eine Kritik aus der Perspektive der Reproductive Justice

In den letzten Jahrzehnten gab es in Deutschland verschiedene familienpolitische Reformen zuungunsten der einkommensschwächeren oder von langfristigen Aufenthaltsrechten ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen; gleichzeitig fand ein Ausbau familienpolitischer Leistungen statt und Familienpolitik wurde insgesamt politisch aufgewertet. Das 2007 eingeführte Elterngeld, als neben dem Ausbau von Kindertagesbetreuung zweite große Reform, führte am offensichtlichsten eine Umverteilung nach oben ein. Gegenüber dem Erziehungsgeld wurde die Auszahlung des Mindestsatzes (300 €) von zwei Jahren auf 12 bzw. 14 Monate gekürzt. Zudem wurden besonders sozial benachteiligte Gruppen ganz aus dieser Transferleistung ausgeschlossen: Seit 2011 wird Elterngeld auf Sozialleistungen angerechnet und damit de facto nicht mehr an Bezieher*innen¹ von ALG II ausgezahlt. Kaum wahrgenommen wird in der sozialwissenschaftlichen Forschung, dass auch weitaus weniger Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft das Elterngeld im Vergleich zum Erziehungsgeld erhalten; die Auszahlung wurde an die Bedingung eines „dauerhaften Aufenthaltes“ und die Berechtigung zur Erwerbstätigkeit geknüpft (BMFSFJ 2016). Demgegenüber erhalten Besserverdienende mit 67 % ihres vorherigen Erwerbseinkommens einkommensabhängig mehr Geld; für sie (und nur für sie) verbesserte das Elterngeld die Lebensbedingungen im ersten Jahr nach einer Geburt. Im Sinne einer „exklusiven Emanzipation“ ermöglichte diese Reform somit nur für in den Arbeitsmarkt integrierte und besserverdienende Frauen* finanzielle

1 Wir teilen die Kritik an geschlechtlich zuschreibender und ausschließender Sprache und verwenden die genderneutrale Schreibweise mit Sternchen. Da wo explizit Frauen* angesprochen und Männer* nur sehr selektiv in den Diskurs integriert werden, nutzen wir aber das Sternchen am Ende des Wortes (z. B. statt „Akademiker*innen“ „Akademikerinnen*“). Damit weisen wir sowohl auf die geschlechtlichen Zuordnungen und Hierarchisierungen innerhalb des Diskurses hin als auch darauf, dass der familienpolitische Diskurs zwar primär an Frauen* bzw. Mütter gerichtet ist, aber dennoch auch Personen, die sich nicht in diesen Kategorien verorten (bspw. Trans- und Interpersonen), betroffen sein können.

Unabhängigkeit (vgl. Farahat et al. 2006; Schutter/Zerle-Elsäßer 2012).² Auch weitere Aspekte der aktuellen Familienpolitik weisen in eine klassenselektive Richtung: die kontinuierliche Aufstockung der steuerlichen Kinderfreibeträge, von denen gutgestellte Doppelverdiener*innen am meisten profitieren, die Aufrechterhaltung des Ehegattensplittings oder die bis heute fortbestehende Blockade gegen Vorschläge für eine substantielle Kindergrundsicherung. All dies zeigt, dass sich die deutsche Familienpolitik vom Kriterium eines sozialen Ausgleichs oder von einem „wohlfahrtsstaatlichen Verteilungsdiskurs“ mehr und mehr entfernt und systematisch soziale Ungleichheit verschärft sowie Armut produziert hat (BMFSFJ 2006: 22; vgl. Menke/Klammer 2017). Schließlich gehe es heute nicht mehr darum, so etwa eine einflussreiche familienpolitische Regierungsberaterin im Interview, „Arme zu betüteln“ (Interview A).³

Anliegen dieses Textes ist es, die Frage der sozialen Ungleichheit und rassistischer Ausschlüsse in der deutschen Familienpolitik als Frage stratifizierter Reproduktionsverhältnisse zu stellen (vgl. Ginsburg/Rapp 1995). Dafür untersuchen wir zwei zentrale Konzepte der neueren Familienpolitik, nämlich „Humanvermögen“ und „Zeitpolitik“, wie sie in den Familienberichten der Bundesregierungen, in darin einfließender demografischer und familienpolitischer Expertise sowie in weiteren Regierungsdokumenten ausgeführt werden. Anschließend diskutieren wir die Ergebnisse vor dem Hintergrund der kritischen Perspektive der *Reproductive ,ustice* (vgl. Roberts 2015).

Vorweg sei einiges zum Status der Untersuchung angemerkt: Familienberichte sind zwar nicht bindend, gelten aber als Seismograf für konzeptuelle Veränderungen von Familienpolitik im erweiterten Sinne (als Konglomerat sozial-, bildungs-, steuer-, arbeitsmarkt-, migrations- und genuin familienpolitischer Maßnahmen) (vgl. Gerlach 2014). Wir befragen diese Konzepte zum einen danach, wie das selektiv-pronatalistische nationale Projekt begründet wird, und zum anderen, inwiefern verschiedene soziale Gruppen ungleich adressiert und das Kinderkriegen entlang klassenselektiver und rassistischer Linien auf- oder abgewertet wird. Die aktuelle Ausrichtung von Familienpolitik, wie sie in diesen Konzepten im Sinne von Regierungsrationonalitäten zum Ausdruck kommt, sollte jedoch nicht als kohärente, funktionale, „von oben“

-
- 2 Frauen* sind weiter mit Abstand die hauptsächlichen Bezieherinnen* des Elterngeldes. Laut Statistischem Bundesamt nahmen 2017 96 % aller Mütter und 25 % aller Väter Elterngeld in Anspruch (2017). Zudem ist die Bezugsdauer bei Vätern wesentlich geringer und lag etwa 2015 bei 80 % der Väter nur bei zwei Monaten (Statistisches Bundesamt 2015b).
 - 3 Der Text präsentiert Ergebnisse des DFG-Forschungsprojektes „Demografisierung des Politischen? Eine intersektionale Analyse deutscher Familien- und Migrationspolitik seit Mitte der 1990er Jahre“. In diesem Rahmen wurden auch Interviews mit Expert*innen aus der demografischen und familienpolitischen Regierungsberatung geführt, die hier einfließen.

initiierte Strategie missverstanden werden. Diese Konzepte sind ein (weiterhin auch unterschiedlich interpretiertes) Ergebnis gesellschaftlicher Dynamiken der Veränderung und regierungspolitischer Reaktionen auf diese Veränderungen – dies betrifft etwa Kämpfe um Zugang von Frauen* zu Erwerbsarbeit, andere Formen des Zusammenlebens jenseits der heteronormativen Kleinfamilie oder auch Veränderungen in Vorstellungen zu geschlechtlicher Arbeitsteilung. Allerdings ist es wichtig, zwischen der aktuellen Flexibilisierung von Familienleitbildern einerseits und der derzeit gesellschaftlich kaum hinterfragten Festschreibung der Funktionen von Familie andererseits zu unterscheiden und beides im Zusammenhang zu sehen. Zwar wird Familie in den Regierungs-konzepten flexibler als „da, wo Kinder sind“, oder da, „wo Alltagssolidaritäten gelebt werden“, gefasst (vgl. BMFSFJ 2006: XXIV). Die Funktionen der Familie wurden aber gleichzeitig im Sinne ihrer Ökonomisierung und Demografisierung⁴ festgezurrt und bestimmen, wann und für wen diese flexibilisierten Leitbilder gelten. So werden Familienleitbilder vor allem dann erweitert und flexibilisiert, wenn es um Pflichten der gegenseitigen Sorge innerhalb der Familie geht, etwa wenn in der Sozialpolitik die „Bedarfsgemeinschaft“ verantwortlich gemacht wird (vgl. Raab 2005; Cooper 2017). Demgegenüber wird entlang rassistischer Linien der Ausgrenzung das Familienkonzept sehr viel rigider auf die biologisch verstandene Kleinfamilie reduziert, wenn es um Rechte geht: etwa wenn zur Familienzusammenführung via DNA-Tests die biologische Abstammung bewiesen werden muss oder das Recht auf Familienleben mit der Aussetzung von Familienzusammenführung für Geflüchtete ganz verwehrt wird (vgl. Heinemann/Lemke 2013; Pro Asyl 2017).

Um uns der Frage anzunähern, wie wir durch Familienpolitik geförder-te stratifizierte Reproduktion als Dimension von Frauen*armut verstehen, sei zudem etwas zum Verhältnis zwischen geschlechtlicher Arbeitsteilung, Klas-senhierarchien sowie rassistischen Ein- und Ausschlüssen gesagt. Armut von Frauen* ist Ergebnis der Strukturen sozialer Reproduktion und geschlechtlicher Arbeitsteilung und den einhergehenden Ausschlüssen aus existenzsichernder Erwerbsarbeit. Die aktuelle Familienpolitik hat – trotz einer gewissen Öffnung zur Frage familiärer Arbeitsteilung – im Ergebnis nicht zu einer Aufhebung dieser Ungleichheit geführt, sondern eher zu einem Übergang vom Alleiner-nährer*- zum Zuverdienerinnen*modell (vgl. Nowak 2009). Frauen* leisten heute in Deutschland weiterhin den Großteil unbezahlter Sorgearbeit, was ein

4 Mit dem Begriff der Demografisierung wird eine Macht-Wissens-Anordnung analysiert, innerhalb derer soziale Problemlagen und Konflikte als „demografische“ gedeutet werden. Daran anknüpfend zielen politische Strategien darauf ab, Anpassungen an die demografische Ent-wicklung vorzunehmen oder die Größe und Zusammensetzung der (nationalen) Bevölkerung zu verändern (vgl. Schultz 2015; Barlösius 2007).

wichtiger Grund dafür ist, warum weitaus mehr Frauen* in Teilzeit und auch prekären Minijobs arbeiten als Männer* (vgl. Statistisches Bundesamt 2015a; WSI 2017). Über weite Strecken verdeckt auch heute noch eine geschlechtsneutrale Rede von „der Familie“ oder „den Eltern“ in den familienpolitischen Konzepten diese Ungleichheit. Allerdings ändert sich dies allmählich, und wir können eine zunehmende familienpolitische Aufmerksamkeit für geschlechtliche Arbeitsteilung beobachten, die jedoch meist nur innerfamiliär gedacht wird und ein kleinfamiliär lebendes Paar voraussetzt, also bspw. die große Zahl der Alleinerziehenden ignoriert. Vor allem aber entnennt ein rein geschlechterpolitischer Fokus auf Familienpolitik rassistische und klassenhierarchische Ausschlüsse. Damit wird nicht nur unsichtbar, dass je nach sozialer Lage und rassistischen Ein- und Ausschlüssen Frauen* sehr unterschiedlich im Sinne einer exklusiven Emanzipation unterstützt oder ausgegrenzt werden. Unseres Erachtens kann ein Blick auf Frauen*armut, wenn er die Frage der Vergeschlechtlichung zum entscheidenden Ausgangspunkt erklärt, nicht erfassen, mit welcher Selbstverständlichkeit deutsche Familienpolitik seit zwei Jahrzehnten zunehmend als sozial differenzierendes national(ökonomisch)es und bevölkerungspolitisches Projekt formuliert wird. Unser besonderes Augenmerk gilt deswegen der Frage, wie für Frauen* (und Familien) unterschiedlicher sozialer Gruppen und für ihre Kinder in diesen Konzepten ein systematisch unterschiedlicher familienpolitischer Rahmen vorgesehen ist, eine Differenz, die sowohl in der allgemeinen Rede von der Familie als auch von unmarkierten Geschlechterverhältnissen dementiert und unsichtbar gemacht wird.

Humanvermögen – ein familienpolitischer Paradigmenwechsel

„Wir wissen, dem demografischen Wandel kann ich begegnen, indem ich nicht nur das N, also die Quantität verbessere, sondern auch die Qualität.“ (Interview A)

Kritiker*innen und Befürworter*innen sind sich einig: Seit Anfang der 2000er-Jahre wurde ein Paradigmenwechsel in der deutschen Familienpolitik vollzogen, der seitdem als Bezugsrahmen auch für alle nachfolgenden Bundesregierungen galt und gilt. Dieser Paradigmenwechsel besteht zum einen in einer Ökonomisierung der Familienpolitik oder – wie es im familienpolitischen Fachjargon heißt – im Vorrang der „Leistungsgerechtigkeit“ gegen-

über der „Bedarfsgerechtigkeit“ (vgl. Menke/Klammer 2017; Ritzi/Kaufmann 2014). Familienpolitik wird nun im Sinne einer investiven Sozialpolitik als Instrument verstanden, mittels dessen gesellschaftliche Ressourcen möglichst effizient mobilisiert werden können, um ein höchstmögliches nationalökonomisches Output zu generieren (Lessenich 2008). Eine wichtige Zielsetzung ist dementsprechend die Inwertsetzung von Arbeitskräften, insbesondere durch die Förderung der Erwerbstätigkeit qualifizierter Frauen*, also ein Fokus auf „Eltern als Wirtschaftssubjekte“ (Menke 2016). Zum anderen, und dies wird in der kritischen Literatur weniger intensiv diskutiert, wurde Familienpolitik auch demografisiert: Ein zentrales Element des Paradigmenwechsels war eine nationale pronatalistische Offensive Anfang der 2000er-Jahre. Sie wurde vorangebracht, nachdem seit Ende der 1990er-Jahre die Rede von einer angeblich drohenden „Überalterung“ und „Schrumpfung“ der deutschen Bevölkerung zunehmend zur Begründung neoliberaler Sozialpolitik- und Rentenreformen herangezogen worden war (vgl. Butterwegge/Klundt 2003). In der ersten Hälfte der 2000er Jahre wurde der Paradigmenwechsel als „nachhaltige“ oder auch „bevölkerungsorientierte“ Familienpolitik formuliert – mit dem Ziel, die nationalen Geburtenraten zu steigern (vgl. Kahlert 2007). Die strategische Aufmerksamkeit galt dabei eindeutig den deutschen Akademikerinnen* und qualifizierten Frauen*.⁵ Für sie wurde ein Synergieeffekt – mit Verweis auf europäische Nachbarländer wie Frankreich und Schweden – konstatiert: Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördere gleichzeitig mehr Erwerbstätigkeit und eine höhere Geburtenrate (vgl. Bertram et al. 2005; BMFSFJ 2006). Der Paradigmenwechsel bezog sich insofern nicht nur auf die Ökonomisierung von Eltern als Wirtschaftssubjekte, sondern auch auf den nationalökonomischen Wert der neu geborenen und in unterschiedlichen Familien unterschiedlich sozialisierten Menschen selbst, auch wenn dies oft eher ein Fluchtpunkt ist, der nicht immer direkt ausgesprochen wird.

Das Konzept des Humanvermögens als zentrales Konzept des Paradigmenwechsels wurde im Fünften Familienbericht 1994 eingeführt (Deutscher Bundestag 1994), im Siebten Familienbericht (BMFSFJ 2006) weiter ausgearbeitet und blieb auch danach wichtiger Bezugsrahmen (vgl. BMFSFJ 2012: 5). Es erweitert den stark auf Arbeitsvermögen ausgerichteten Begriff des Humankapitals um weitere Kompetenzen und erklärt die Familie zum zentralen Ort, innerhalb dessen Humanvermögen hervorgebracht wird. Damit zielt es darauf ab, unbezahlte Sorge- und Erziehungsarbeit in der Familie als

5 Dass sich die pronatalistische Politik auf Frauen* bezieht, ist unhinterfragt: Im Zentrum demografischer Agenden stehen Geburtenraten und fast nie die Zahl der Kinder pro Vater; die Perspektive auf ein statistisch erfasstes „reproduktives Verhalten“ (von Frauen*) entpolitisert dabei Fragen sozialer Verhältnisse der Reproduktion (vgl. Dackweiler 2006).

ökonomisch wertvolle Ressource sichtbar zu machen – und die „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ der Gesellschaft gegenüber der Familie zu problematisieren (Deutscher Bundestag 1994: 21f.). Mit dem Konzept wird aber nicht nur diese Arbeit als wertvoll adressiert, sondern angelegt ist darin auch, dass die in unterschiedlichen Familien geborenen und sozialisierten Menschen selbst aufgrund einer als verschieden bewerteten Ausstattung mit „Humanvermögen“ als unterschiedlich wertvolle Bevölkerungsgruppen gefasst werden.

Die inhaltlichen Ausformulierungen weisen deutlich darauf hin, dass das Konzept Humanvermögen als eine Klammer zwischen Ökonomisierung und Demografisierung zu interpretieren ist. Als ökonomisch relevant erklären die Familienberichte das in den Familien hervorgebrachte Humanvermögen als „Wohlstand der Nation“ nicht nur in Bezug auf Fachkompetenzen und (Erwerbs-)Arbeitsvermögen. Vielmehr gehe es auch um „Daseinskompetenz“ oder „Vitalvermögen“ (Deutscher Bundestag 1994: 28; BMFSFJ 2006: 5). Dabei spielen insbesondere „die Fähigkeit zum Eingehen verlässlicher Bindungen und damit die Möglichkeit, Familie leben zu können, eine zentrale Rolle. Schließlich verknüpfen sich in der Familie die Lebenspotentiale aller Gesellschaftsmitglieder“ (Deutscher Bundestag 1994: 28; vgl. BMFSFJ 2006: 5). Familie soll also zudem gestärkt werden, um zukünftige Familiengründungen zu ermöglichen. Das Konzept strebt somit auch die langfristige Sicherung der nationalen Reproduktion an, indem die Fähigkeit, eine Familie zu gründen, als Aspekt des Humanvermögens besonders betont wird, ebenso wie die Mobilisierung von Kompetenzen der unbezahlten Sorge und Solidarität. All dies wird untermauert von dem Anliegen, Staatsbürger*innen hervorzu bringen, die „befähigt sind, sich in unserer komplexen Welt zu bewegen und sie zu akzeptieren“ (Deutscher Bundestag 1994: 28). Sich sowohl qualifiziert arbeitend als auch familiengründend und sorgend ins Gemeinwesen einzubringen, scheint in der Beschreibung, welche Sozialisationsziele das Humanvermögen umfasst, eindeutig Vorrang zu haben vor der Fähigkeit zu demokratischer Partizipation oder gar kritischer Reflexion und widerständiger Praxis. Das Humanvermögen stellt also den normativen Rahmen einer gelungenen Sozialisation dar – und liefert auch indirekt die Kriterien, nach denen bestimmten, insbesondere einkommensschwachen und/oder zugewanderten Frauen* die erfolgreiche Produktion von Humanvermögen als Sorgende und Erziehende abgesprochen werden kann.

Der renommierte Sozialstaatsexperte und Soziologe Franz-Xaver Kaufmann brachte das Konzept als stellvertretender Vorsitzender der Kommission des Fünften Familienberichts maßgeblich ein und diskutierte die bevölkerungspolitische Dimension des Konzepts Humanvermögen in seinen Werken zur „schrumpfenden Gesellschaft“ (2005) und „demografischen Zeitbombe“

(2015), in denen er immer wieder einen langfristigen Rückgang und eine „Unterjüngung“ der Bevölkerung in Deutschland als Gefahr beschwore. Wenn er Humanvermögen als nationalökonomisches und bevölkerungspolitisches Konzept diskutiert, bringt er Humanvermögen einerseits unter der Prämisse ein, dass damit angesichts einer „schrumpfenden Bevölkerung“ das damit sinkende Humanvermögen der Nation als knappes Gut ökonomisch sichtbar und auch berechenbar gemacht werden könne. Andererseits will er damit deutlich machen, dass eine sinkende Quantität der Bevölkerung durch eine Steigerung der „Qualität“, also eine Steigerung des Humanvermögens, teilweise kompensierbar sei (vgl. 2009: 108f.).

Die sozial hierarchisierende Dimension des Konzepts kommt bei Kaufmann besonders explizit zum Vorschein, wenn es um Einwanderung geht (vgl. Dackweiler 2006). Hier greift er auf rassistische Archive der Abwertung zurück, bewertet Zuwandernde danach, inwiefern ihre „kulturellen und sozialen Orientierungen hierzulande kompatibel“ seien, und sagt „soziale Widerstände der einheimischen Bevölkerung“ für Menschen aus „kulturell und ökonomisch sehr andersartigen Regionen“ voraus (2005: 84).⁶ Zudem erklärt er, die „Sozialisationsbedingungen [...] bei den Kindern der einheimischen Bevölkerung“ seien „im Durchschnitt deutlich günstiger als zum mindesten bei der ersten Einwanderergeneration und ihren Kindern“ (2005: 85). Zuwandernde verfügten nämlich „über einen auf die Bedürfnisse des Aufnahmelandes weniger abgestimmten Sozialisationshintergrund“ (2005: 178). Ebenso unterstellt er, dass Zuwandernde „weniger als die einheimische Bevölkerung auf [...] Prozesse des lebenslangen Lernens“ vorbereitet sein dürften (2005: 178). Seine Schlussfolgerungen in Bezug auf Einwanderung als möglicher kompensierender demografischer Faktor sind meist eindeutig und schließen an konservative bis völkisch-nationale Thesen aus der deutschen Bevölkerungswissenschaft an (Kaufmann 2005: 84; vgl. Schultz 2016). Zuwanderung sei keine Lösung für die zukünftige demografische Krise, nicht nur weil die Quantität nicht ausreiche, um die „Bevölkerungsschrumpfung“ langfristig zu kompensieren, sondern auch weil das eingebrachte Humanvermögen qualitativ mangelhaft sei. In Kaufmanns Worten: „Man muss deshalb den Beitrag, den die Zuwanderung zur Minderung der skizzierten Investitionslücke in Humankapital bisher geleistet hat, als deutlich unterproportional zur Zahl der Zuwanderer einschätzen“ (2005: 87, vgl. 2009: 110).

Was die klassenselektive Anlage des Konzeptes in Bezug auf die in Deutschland lebende Bevölkerung angeht, schlägt Kaufmann dagegen eher

6 2015 sagte Kaufmann eine „Niedergangszeit“ ähnlich des Römischen Reiches voraus, „derzufolge fremdkulturelle Bevölkerungen langsam einsickern oder auch – wie seinerzeit in der Völkerwanderung – gewaltsam eindringen“ (2015: 97).

eine als kompensatorisch gedachte Politik vor – und so liest es sich auch in den Familienberichten. Eine Politik, die die „schrumpfende“ Bevölkerung durch eine steigende Qualität des Humanvermögens kompensieren wolle, müsse in alle Kinder oder sogar in diejenigen Kinder am meisten investieren, deren Familien nicht ausreichend Humanvermögen hervorbrächten (z. B. 2009: 112). Es sei notwendig, in alle Kinder der nationalen Gemeinschaft zu investieren, um das nationale Humanvermögen auch in Zeiten niedriger Geburtenraten voranzubringen. Denn dass die „Gewährleistung von Inklusion im Sinne der möglichen Förderung der Lebens- und Entwicklungschancen aller Angehörigen eines Gemeinwesens nicht nur normativ erwünscht, sondern auch praktisch kollektiv vorteilhaft ist, wird durch die Kategorie des Humanvermögens thematisiert“ (2009: 112). Das Konzept des Humanvermögens bleibt also generell auch mobilisierbar für eine Politik der Ausweitung von Bildungschancen innerhalb der nationalen Gemeinschaft – und im nationalen Rahmen anschlussfähig sowohl für ein- als auch ausschließende bildungspolitische Ansätze. Auf jeden Fall aber ist der Ausgangspunkt, dass das in der Familie produzierte Humanvermögen je nach „Sozialisationshintergrund“ als unterschiedlich wertvoll bewertet wird.⁷

Die Engführung auf die Familie, die als unhinterfragter und privilegierter Ort für die Produktion von Humanvermögen gilt, impliziert mehreres: Zum einen wird damit institutionalisierte Kinderbetreuung bei denjenigen, denen die Produktion von viel Humanvermögen zugeschrieben wird, eher als flexible und optionale Ergänzung dargestellt, um Vereinbarkeit und Frauen*erwerbsarbeit zu ermöglichen. Für diejenigen Familien, denen entlang rassistischer und klassenhierarchischer Zuschreibungen diagnostiziert wird, ungenügend Humanvermögen hervorzubringen, wird (insbesondere frühkindliche) Kinderbetreuung demgegenüber zum Pflichtprogramm erklärt. Selbstverständlich schließt hier eine wichtige Diskussion um Bildungsgerechtigkeit und öffentliche Kinderbetreuung als Sozialisationsinstanz an, die wir in diesem Rahmen nicht ausführen können. Festgestellt sei lediglich, dass mit dem Humanvermögen implizit eine spezifische familiäre Sozialisation ökonomisch aufgewertet wird – und damit im Rahmen der bevölkerungspolitischen und

7 Expliziert wurde die differenzierende Bewertung des Humanvermögens in Regierungsdokumenten nicht, wahrscheinlich um die offensichtliche Nähe zu sozialdarwinistischen Konzepten zu vermeiden. Meist blieb es bei Gesamtberechnungen (Deutscher Bundestag 1994: 26). Die differenzierende Bewertung von Kindern je nach der Familie, in der sie geboren und sozialisiert wurden, tauchte jedoch in einigen Aussagen zu Beginn der „nachhaltigen“ Familienpolitik ganz explizit auf. Die spätere SPD-Familienministerin Renate Schmidt, die als Wegbereiterin des familienpolitischen Paradigmenwechsels gilt, erklärte bereits 2001, dass „Kinderreichtum bei den Benachteiligten und Kinderarmut bei der restlichen Bevölkerung [...] gravierende Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Bevölkerung“ habe (Schmidt 2001: 126).

nationalökonomischen Anlage des Konzeptes auch die Geburt von Kindern abgewertet wird, deren Eltern bzw. Müttern* als Hauptsorgetragenden unterstellt wird, diesen Sozialisationsanforderungen nicht gerecht zu werden. Für einkommensschwache und/oder zugewanderte Frauen* und Familien sind diese Implikationen bedrohlich: Schließlich wird letztendlich ihre Existenz inklusive die ihrer Kinder selbst infrage gestellt und gilt für sie, dass nicht die Armut, sondern die Armen zum Problem und zum politischen Ansatzpunkt erklärt werden.

Die klassenselektive Dimension von Zeitpolitik

„Die Verfügung von Zeit erhöht [...] die Chancen, dass sich nicht nur die Zahl der Kinder erhöht, sondern auch die ‚Qualität‘ der Kinder mit Blick auf deren kognitive und motivationale Ausstattung“ (BMFSFJ 2012: 10f.).

Während das Humanvermögen ein zentrales Konzept für den Fünften und Siebten Familienbericht war und den Paradigmenwechsel begründete, lässt sich mit und seit dem Siebten Bericht auch ein Übergang zu anderen Agenda-Schwerpunkten beobachten, die sich zunehmend auf das *Wie* einer „nachhaltigen Familienpolitik“ bezogen. Das Konzept des Humanvermögens blieb aber als begründende Basis für das *Warum* des Paradigmenwechsels erhalten. Für eine Analyse des Konzepts Zeitpolitik ziehen wir den Siebten und Achten Familienbericht (BMFSFJ 2006 und 2012) sowie Expertisen von Hans Bertram heran, der Vorsitzender der Kommission des Siebten Familienberichts war und das für den Paradigmenwechsel zentrale Gutachten für das BMFSFJ „Nachhaltige Familienpolitik“ mitverfasste (Bertram et al. 2005). Insbesondere in der demografischen familienpolitischen Regierungsberatung blieb Zeitpolitik seitdem ein maßgebliches Konzept (vgl. BMFSFJ 2013 und 2017: 8f.).

Zunächst basierte die nachhaltige Familienpolitik noch auf der Idee eines „Dreiklangs“ aus Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik (vgl. Bertram et al. 2005: 6f.; BMFSFJ 2006: 3). Diese Trias sollte in ihrer Gesamtheit zu einer Erhöhung der nationalen Geburtenrate bzw. vor allem der Geburtenrate von hochqualifizierten Frauen* führen – primär durch eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei gleichzeitig höherer Erwerbstätigkeit von Müttern und einem früheren Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit nach der Geburt eines Kindes. Diese sich als ganzheitlich präsentierende Ausrichtung, welche keine der drei Elemente der Trias explizit bevorzugte, wurde spätestens seit dem Achten Familienbericht von 2012 aufgegeben. Die politische Aufmerksamkeit konzentrierte sich nun auf Zeitpoli-

tik – wohl auch vor dem Hintergrund, dass die Einführung des Elterngelds und der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze mit hohen Kosten verbunden waren und nun eine eher „kostenneutrale“ Familienzeitpolitik anvisiert wurde (vgl. Günter 2012).

Im Achten Familienbericht bleibt das Ziel der nationalen Fertilitätsförderung weiterhin sehr deutlich erhalten:

„Die Basishypothese ist, dass es sowohl in der für die Familienbildung zentralen Phase des Lebens wie auch beim Eintritt von Pflegebedürftigkeit [...] zu einer Zeitbudgetkonkurrenz zwischen Arbeitszeit und Familienzeit kommen kann und dass diese Zeitbudgetkonkurrenz zu einer Unterinvestition in Familienzeit führen kann. Dies kann dann zu einer geringeren als der erwünschten Geburtenrate, einer geringeren Qualität elterlicher Fürsorge, unzureichenden Bildungsinvestitionen oder einer volkswirtschaftlichen Verteuerung der Pflege führen.“ (BMFSFJ 2012: 7)

Das Ziel einer Erhöhung der Geburtenrate wurde allerdings, so zeigt sich hier und seitdem auch in anderen Regierungsdokumenten, umformuliert zu einer familienpolitischen Unterstützung für die „Realisierung von Kinderwünschen“ (ebd.: 49). Im Unterschied zur offensiven bevölkerungspolitischen Ausrichtung der ersten Jahre tendierten in den Folgejahren wichtige familienpolitische Berater*innen eher dazu, die pronatalistische Programmatik herunterzuspielen; sie werde nur aufgerufen, um öffentliche und mediale Unterstützung für den Paradigmenwechsel zu erhalten (Interviews B und C).

Auch blieb die Förderung der Erwerbstätigkeit von Müttern ein zentrales Ziel. Unter der Annahme, dass zeitbezogene Komponenten die Entscheidung für oder gegen ein Kind beeinflussen, soll durch überwiegend kostenneutrale Maßnahmen versucht werden, Paaren und Familien mehr „Flexibilität und Wahlfreiheit“ in ihrer Lebensgestaltung zu bieten und durch eine Effizienzsteigerung in der Alltagsorganisation „Zeit für Familie“ zu schaffen (BMFSFJ 2012). Die zeitpolitische Fokussierung der Familienpolitik ist als Governance-Konzept zu verstehen, das vielfältige Akteur*innen zur Verantwortung zieht.

Der Achte Familienbericht benennt vier Handlungsfelder, die zu mehr „Zeit für Verantwortung für Familie“ (ebd.: 10f.) führen sollen. Die (1) Erhöhung der „Zeitsouveränität“, also die Wahlfreiheit in der Zeitgestaltung, und die (2) bessere „Synchronisation“ der zur Verfügung stehenden Zeit stellen Strategien dar, welche in erster Linie auf eine Flexibilisierung des Arbeitsalltags abzielen. Durch eine verstärkte Arbeitszeitflexibilisierung (hier werden Betriebe dazu angehalten, Angebote zu schaffen) und durch den Ausbau flexibler Betreuungsmöglichkeiten auch zu Randzeiten soll der Alltag effizienter gestaltet werden – mit dem Effekt, dass weniger eine Entlastung als eine

Verdichtung und Intensivierung des von Feminist*innen als Doppelbelastung problematisierten Arbeitsalltags angestrebt wird. Entlang der „Lebenslaufperspektive“⁸ werden zudem weitere Flexibilisierungen von Arbeitszeit, etwa in Form von Arbeitszeitkonten, vorgeschlagen, die letztendlich aber nur innerhalb sozial abgesicherter und langfristiger Arbeitsverhältnisse in größeren Unternehmen umsetzbar sind und somit nur privilegierten Arbeitnehmer*innen zugutekommen. Auch eine Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie z. B. durch das ElterngeldPlus⁹ als familienpolitische Zeitleistung seit 2015 etabliert wurde, ist nicht in allen Arbeitsverhältnissen realisierbar. So besteht ein gesetzlicher Anspruch auf eine Reduzierung der Arbeitszeit erst in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten und bei einer bisherigen Beschäftigungs dauer von mindestens sechs Monaten (BMFSFJ 2016: 167). Frauen*, die vor der Geburt ihres Kindes bereits in schlecht bezahlter Teilzeit gearbeitet haben, müssten diese Arbeitszeit nochmals kürzen, um Anspruch auf ElterngeldPlus zu haben; ein existenzsicherndes Einkommen stellt die Kombination aus ElterngeldPlus und gleichzeitiger geringfügiger Arbeit deshalb für viele nicht dar (vgl. Menke/Klammer 2017: 222).

Die Kommunen werden dazu aufgerufen, durch längere Öffnungszeiten von Geschäften und Behörden und die Verkürzung von Wegen durch eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrsnetzes ein breiteres Angebot zu schaffen und Zeit zu sparen. Bei all der Flexibilisierung und Zeiteinsparung werden jedoch die Perspektiven derjenigen Arbeitnehmer*innen (Erzieher*innen, Verkäufer*innen usw.) ausgeblendet, für die mit solchen Maßnahmen eine Entgrenzung der Arbeitszeit und möglicherweise ein Verlust von „Zeitsouveränität“ einhergeht.

Das Ziel der Nutzung zeitlicher Effizienzreserven wird auch an die Individuen selbst adressiert. (3) „Zeitkompetenz“ wird als individuelle Kompetenz gewertet, die Kinder bereits früh, sowohl durch elterliche Erziehung als auch im Rahmen der Bildung erlangen sollen (BMFSFJ 2012: 13).

Mit der Dimension der (4) Umverteilung von Zeit wird außerdem angestrebt, die Zeitressourcen verschiedener sozialer Gruppen kompensierend zum Einsatz zu bringen. Basierend auf der Annahme, dass verschiedene soziale Gruppen entlang von Alter oder Geschlecht in bestimmten Lebensphasen über mehr bzw. weniger „Zeitressourcen“ verfügen, werden Großfamilien, aber

8 Damit wird betont, dass die Frage der Vereinbarkeit über den gesamten Lebensverlauf von Menschen betrachtet werden müsse. Familienzeitpolitik zielt also auf unterschiedliche Zeitressourcen in verschiedenen Lebensphasen ab – mit einem besonderen Fokus auf die Phase der „Rushhour“ des Lebens (vgl. Bertram/Deufelhard 2014).

9 Das ElterngeldPlus soll dem betreuenden Elternteil ermöglichen, neben dem Bezug von Elterngeld in Teilzeit (bis zu 30 Stunden) zu arbeiten. Dabei wird monatlich nur der halbe Eltern geldsatz ausgezahlt, für 24 statt 12 Monate, wie es beim Elterngeld üblich ist.

auch soziale Netzwerke dazu aufgerufen, disponibile Zeit untereinander umzuverteilen. Großeltern oder ehrenamtlich Tätige (z. B. ‚Leih-Omas‘ und ‚Leih-Opas‘) sollen etwa für die Kinderbetreuung in Anspruch genommen werden, um die Flexibilität der Eltern zu stützen. Die Lebensrealitäten derer, die über kein großes soziales Umfeld verfügen – sei es, weil sie neu in Deutschland angekommen sind oder ihnen der Familiennachzug verwehrt wird, sei es im Kontext von Armut oder Alleinerziehen –, werden an dieser Stelle ausgeblendet (vgl. Böhnke 2008; Bouali/Wieners 1997). Als Maßnahme zur „Umverteilung von Zeit“ betont der Achte Familienbericht und bis heute eine Reihe familienpolitischer Dokumente besonders die sog. „familienunterstützenden Dienstleistungen“ (ebd.: 82; vgl. BMFSFJ 2013), also den Rückgriff auf privat bezahlte Haushaltshilfen. Wie in der sozialwissenschaftlichen Literatur inzwischen umfangreich erforscht, geschieht hier eine Umverteilung von Sorgearbeit auf weniger privilegierte und rassifizierte Frauen*, meist unter prekären Arbeitsbedingungen, um die flexibilisierte Vereinbarkeit von Familie und Beruf von privilegierten Besserverdienenden sicherzustellen (vgl. Gutiérrez-Rodríguez 2010).¹⁰ Die familiäre Zeitpolitik von Hausangestellten, die unter Umständen genauso um Vereinbarkeit mit der Sorge für eigene Freund*innen, Kinder oder ihnen nahestehende alte Menschen kämpfen müssen, wird in der Familienpolitik ausgeblendet bzw. Sorgeketten – also das Zurücklassen von Kindern oder älteren Angehörigen im Migrationsprozess – als selbstverständlich vorausgesetzt. Stattdessen werden klassenhierarchische und rassistische Arbeitsteilungen im Rahmen der Kommodifizierung von Hausarbeit reproduziert.

Eine Familienpolitik als geburtenfördernde Zeitpolitik muss also in mehreren Hinsichten kritisiert werden: Ihre Maßnahmen richten sich primär an die Problemlagen von Paaren und Familien mit gesichertem Einkommen und unbefristeten Arbeits- und Aufenthaltsverhältnissen, deren familiäre Flexibilität nicht auf finanzielle Transfers und Unterstützung angewiesen ist, um zeitliche Spielräume zu gewinnen. Alleinerziehende, Eltern mit keinem oder nur prekärem Aufenthaltsstatus und ohne Arbeitserlaubnis, in befristeten Arbeitsverhältnissen oder im Niedriglohnsektor Beschäftigte sowie Eltern, die auf kein ausgeprägtes soziales oder großfamiliäres Netzwerk zurückgreifen können, werden massiv benachteiligt. Zudem geht die bessere Koordination von Zeit mit einer Entgrenzung der Arbeitszeit derer einher, die für die Vereinbarkeit in Familien sorgen (Hausangestellte, Erzieher*innen, Angestellte in Geschäften

10 Wie diese Unterstützung etwa im Achten Familienbericht anvisiert ist, ist wiederum zugunsten von Besserverdienenden organisiert: Für die Nachfragenden werden Steuererleichterungen vorgeschlagen, für die Hausarbeiter*innen nur eine privatwirtschaftliche Förderung von Existenzgründungen (vgl. BMFSFJ 2012: 142).

oder Behörden). Die Probleme ihrer Vereinbarkeit werden von der aktuellen Familienzeitpolitik ausgeblendet.

Diskussion aus einer Perspektive der *Reproductive Justice*

Die Analyse zentraler Konzepte in der deutschen Familienpolitik macht deutlich, dass wir es bei dem sukzessiven Paradigmenwechsel seit den 1990er-Jahren nicht nur mit einer Ökonomisierung von Familienpolitik zu tun haben, die Eltern als „Wirtschaftssubjekte“ je nach eingebrachten „Ressourcen“ unterschiedlich behandelt. Vielmehr wurde mit dem bevölkerungspolitisch begründeten Konzept des Humanvermögens und der „fertilitätsbezogenen“ Zeitpolitik auch ein selektiv pronatalistisches nationales Projekt vorangebracht, welches soziale Ungleichheits- und Armutsverhältnisse verschärft und vor allem rassifizierte und prekarisierte Frauen* benachteiligt. Wir können insofern eine mit der Ökonomisierung eng verzahnte Demografisierung beobachten. Dies impliziert, dass nicht alle Geburten oder die Verwirklichung aller Kinderwünsche gleichbehandelt werden und Kinder von rassistisch ausgegrenzten, eingewanderten und einkommensschwachen Frauen* bzw. Familien aus diesem Projekt systematisch ausgeschlossen und abgewertet werden. Insofern ist Familienpolitik aus einer Perspektive sozialer Ungleichheit auch eine Frage der *Reproductive Justice*. Im transnationalen Kontext protestieren insbesondere Schwarze, Indigene, antirassistische und linke Frauen*bewegungen seit vielen Jahrzehnten gegen diejenigen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die dazu führen, dass die Handlungsspielräume, sich für oder gegen Kinder entscheiden zu können, entlang rassistischer, klassenbezogener und heteronormativer Hierarchisierungen unterschiedlich erweitert oder begrenzt und zudem im Rahmen nationaler und globaler bevölkerungspolitischer Programme entlang dieser Linien entweder eher in eine pro- oder antinatalistische Richtung ausgestaltet werden (vgl. Roberts 2015; Wilson 2017). In einem erweiterten Sinn kann mit dem Konzept der *Reproductive Justice* auch problematisiert werden, dass Kinder aus diskriminierten Familien in ihren Kompetenzen von vornherein abgewertet werden und dass die Verantwortung für Armut und Ausgrenzung diesen Frauen* und Familien im Rahmen eines Generalverdachts selbst aufgebürdet wird – aufgrund einer ihnen zugeschriebenen „ungünstigen Sozialisation“ oder, wie wir hier gezeigt haben, eines als weniger wertvoll erachteten „Humanvermögens“ (vgl. Gumbs et al. 2016).

Obwohl die familienpolitische Agenda seit dem Paradigmenwechsel weitgehend stabil blieb, ist die Diskussion um deren selektiv pronatalistische

Ausrichtung in den letzten Jahren auch in queerfeministischen und linken Diskussionen in Deutschland weitgehend verstummt, nachdem es anfangs einige kritische Analysen in diese Richtung gab (vgl. Kahlert 2007; Henninger et al. 2008). Dafür gibt es sicherlich viele Gründe: Einer davon ist, dass die hier analysierten klassenselektiven und rassistischen Fluchtpunkte der Konzepte meist nicht explizit ausformuliert werden, sondern eher durch eine scheinbar allgemeine Perspektive auf Familien oder auch Mütter und Väter entnannt werden. Zudem dementierte die regierungsnahe Expertise diese selektiv pronatalistische Ausrichtung umso mehr, desto mehr sie etabliert war – bzw. die neue deutsche Bevölkerungspolitik bekam als Politik einer „Verwirklichung von Kinderwünschen“ (einiger bestimmter Gruppen) ein freundlicheres Gesicht.

Eine unmarkierte Rede von Familienpolitik als vorrangig geschlechterpolitische Frage hat insofern zu diesem Schweigen beigetragen. Damit korrespondiert eine Interessengemengelage, innerhalb derer Besserverdienende direkt von der neuen Familienpolitik mit dem Elterngeld profitieren. Zudem hat die neue Familienpolitik auch durchaus zu begrüßende stärker inklusive Dimensionen – insbesondere was den (weiter nicht ausreichenden) Ausbau frühkindlicher und Ganztagsbetreuung angeht.

Die hier auf ihre selektiven bevölkerungspolitischen Dimensionen untersuchten Konzepte sind möglicherweise auch deswegen nicht ins Zentrum der Kritik geraten, weil sie zumindest auf den ersten Blick als anschlussfähig für eine feministische Perspektive auf Reproduktionsverhältnisse und die Debatte um eine Krise der sozialen Reproduktion erscheinen und insofern als ambivalent wahrgenommen werden können. Schließlich gehen mit dem Konzept des Humanvermögens die Kritik der „strukturellen Rücksichtslosigkeit“ und die Aufwertung unbezahlter Erziehungs- und Sorgearbeit einher. Zum anderen erscheint das Konzept auch für diejenigen Strategien feministischer Ökonomiekritik anschlussfähig, die unbezahlte Sorgearbeit sichtbar machen, indem sie makroökonomisch berechnet und insofern „internalisiert“ wird (z. B. Folbre 2006). Um sich kritisch von den genannten problematischen Implikationen abzugrenzen, müssen solche Strategien deutlich machen, inwiefern sie sich von in dieser Logik möglicherweise angelegten Fluchtlinien der Ökonomisierung und Demografisierung abgrenzen. Zudem erweist es sich für eine feministische Abgrenzung vom Konzept Humanvermögen als wichtig, die Frage kritisch zu diskutieren, welche Sozialisationsfunktionen der Familie hier zugeschrieben werden und welche Perspektiven aus einer emanzipatorischen Perspektive auf Sozialisation – auch und gerade jenseits familialistischer Einhegungen – stattdessen sinnvoll sein könnten (vgl. Hajek/Dück 2018).

Auch die Frage der Zeitpolitik ist auf den ersten Blick ein genuin feministischer Topos und es bedarf im Hinblick auf die regierungspolitische Interpre-

tation einer differenzierten Diskussion. Aus einer feministischen Perspektive heraus hat der Fokus auf Zeitpolitik als eine Utopie einer allgemein anderen Zeitverteilung zur Auflösung hierarchischer Verhältnisse emanzipatorisches Potenzial. So schlägt Frigga Haug in ihrer „Vier-in-einem-Perspektive“ eine Gesellschaftsorganisation vor, in der die Erwerbsarbeit, die Reproduktionsarbeit, Zeit für Kultur und Zeit für politische Teilhabe für alle Menschen gleiche Tätigkeitsbereiche darstellen, wodurch klassen- und geschlechterspezifische Ungleichheiten aufgehoben werden könnten (Haug 2011). In der Art und Weise aber, wie Zeitpolitik in der aktuellen Familienpolitik als zentral auf die Familie zugeschnittenes Projekt ohne Umverteilung verhandelt wird, ist das Gegenteil der Fall.

Das bevölkerungspolitische Projekt einer Steigerung der deutschen Geburtenrate wird derzeit von erstarkenden rechten Bewegungen und auch der Partei Alternative für Deutschland (AfD) aufgegriffen und eine „aktive Bevölkerungspolitik“ explizit eingefordert und in die völkische Agenda gegen „Masseneinwanderung“ integriert (AfD 2016). Umso mehr gilt es, sich mit der – wenn auch manchmal verhalten formulierten – demografischen Agenda in der deutschen Familienpolitik, auch als Vorgeschichte dieses bevölkerungspolitischen Revivals kritisch auseinanderzusetzen.

Interviews

Interview A: Interview am 3.9.2015 mit einem Mitglied der Sachverständigenkommission des Siebten Familienberichts in Berlin.

Interview B: Interview am 27.1.2017 mit einem Mitglied der Sachverständigenkommission des Siebten Familienberichts in Berlin.

Interview C: Interview am 9.7.2015 mit einflussreicher Expert*in in der demografischen Politikberatung in Rostock.

Literatur

- Alternative für Deutschland (AfD) (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland 30.04./01.05.2016. Stuttgart.
- Barlösius, Eva (2007): Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis. In: Barlösius, Eva/Schiek, Daniela (Hrsg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands. Wiesbaden, S. 9–34.
- Bertram, Hans/Rösler, Wiebke/Ehlert, Nancy (2005): Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik. Berlin.
- Bertram, Hans/Deufelhard, Carolin (2014): Familienzeitpolitik: Zeit für Fürsorge. www.bpb.de/politik/innenpolitik/familienpolitik/194545/familien-zeitpolitik-zeit-fuer-fuersorge?p=all [Abruf: 14.07.2018].
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2006): Siebter Familienbericht: Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2012): Achter Familienbericht: Zeit für Familie – Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2013): Zweiter Demografiegipfel der Bundesregierung – Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Familie als Gemeinschaft stärken“. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2016): Elterngeld, ElterngeldPlus und Elternzeit: Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2017): Jedes Alter zählt. Die Demografiestrategie der Bundesregierung. Arbeitsgruppenergebnisse zum Demografiegipfel am 16. März 2017. Berlin.
- Böhnke, Petra (2008): Are the Poor Socially Integrated? The Link Between Poverty and Social Support in Different Welfare Regimes. In: Journal of European Social Policy 18, 2, S. 133–150.
- Bouali, Kerima/Wieners, Karin (1997): „Krankheit kann ich mir nicht leisten“ – Zur gesundheitlichen Situation alleinerziehender Frauen in Einkommensarmut. Magisterarbeit Public Health, Institut für Gesundheitswissenschaften Berlin.
- Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael (2003): Die Demografie als Ideologie und Mittel sozialpolitischer Demagogie? In: Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael (Hrsg.): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel. 2. Aufl. Opladen, S. 59–80.
- Cooper, Melinda (2017): Family Values: Between Neoliberalism and the New Social Conservatism. Near Futures. New York.
- Dackweiler, Regina-Maria (2006): Reproduktives Handeln im Kontext wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterregime. In: Berger, Peter A./Kahert, Heike (Hrsg.): Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt a. M., S. 81–107.

- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (1994): Fünfter Familienbericht: Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens. BT-Drucksache 12/7560, Bonn.
- Dück, Julia/Hajek, Katharina (2018): „Intime Verhältnisse“. Eine gesellschaftstheoretische Erweiterung der Debatte um soziale Reproduktion. In: Scheele, Alexandra/Wöhl, Stefanie (Hrsg.): Feminismus und Marxismus. Weinheim, S. 218–231.
- Farahat, Anuscheh u. a. (2006): Exklusive Emanzipation. Zur Frauen- und Familienpolitik der großen Koalition. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 51, 8, S. 985–994.
- Folbre, Nancy (2006): Measuring care: gender, empowerment, and the care economy. In: Journal of Human Development 7, 2, S. 183–199.
- Gerlach, Irene (2014): Familienberichte – Agendasetting in der Familienpolitik. <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/familienpolitik/194766/familienberichte-agenda-setting-in-der-familienpolitik?p=all> [Abruf: 13.07.2018].
- Ginsburg, Fayne D./Rapp, Rayna (1995): Introduction. In: Ginsburg, Fayne D./Rapp, Rayna (Hrsg.): *Conceiving the new world order: the global politics of reproduction*. Berkeley/Los Angeles, S. 1–18.
- Gumbs, Alexis P./Martens, China/Williams, Mai'a (Hrsg.) (2016): Revolutionary Mothering. Love on the Front Lines. Oakland.
- Günter, Markus (2012): Zeit für Familie. <https://www.caritas.de/neue-caritas/heftarchiv/jahrgang2012/artikel/zeit-fuer-familie> [Abruf: 18.07.2018].
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2010): Migration, Domestic Work and Affect. A Decolonial Approach on Value and the Feminization of Labor. New York.
- Haug, Frigga 2011: Die Vier-in-einem-Perspektive als Leitfaden für Politik. In: Das Argument 291, S. 241–250.
- Heinemann, Torsten/Lemke, Thomas (2013). Suspect families: DNA kinship testing in German immigration policy. In: Sociology 47, 4, S. 810–827.
- Henninger, Annette/Wimbauer, Christine/Dombrowski, Rosine (2008): Demography as a Push toward Gender Equality? Current Reforms of German Family Policy. In: Social Politics: International Studies in Gender, State & Society 15, 3, S. 287–314.
- Kahlert, Heike (2007): Demographische Frage, ‚Qualität‘ der Bevölkerung und pronatalistische Politik – ungleichheitssoziologisch betrachtet. In: Prokla 37, 1, S. 61–76.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005): Die schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Frankfurt a. M.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2009): Humanvermögen: Eine neue Kategorie der Sozialstaatstheorie. In: Obinger, Herbert/Rieger, Elmar (Hrsg.): Wohlfahrtsstaatlichkeit in entwickelten Demokratien: Herausforderungen, Reformen und Perspektiven. Frankfurt a. M., S. 95–118.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2015): Gesellschaftliche Folgen des Bevölkerungsrückgangs. In: Kaufmann, Franz-Xaver/Krämer, Walter (Hrsg.) (2015): Die demografische Zeitbombe. Paderborn, S. 81–99.
- Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld.
- Menke, Katrin (2016): Eltern als „Wirtschaftssubjekte“? Die selektiven Folgen einer ökonomisierten Familienpolitik auf die Wahlfreiheit von Müttern und Vätern. In: Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft. Berlin, S. 42–57.

- Menke, Katrin/Klammer, Ute (2017): Mehr Geschlechtergerechtigkeit – weniger soziale Gerechtigkeit. Familienpolitische Reformprozesse in Deutschland aus intersektionaler Perspektive. In: Sozialer Fortschritt 66, 3-4, S. 213–228.
- Nowak, Jörg (2009): Geschlechterpolitik und Klassenherrschaft. Eine Integration marxistischer und feministischer Staatstheorien. Münster.
- Pro Asyl (2017): Petition von Pro Asyl an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2015/12/Bundestag_Petition-Familienzug-PRO-ASYL.pdf [Abruf: 18.07.2018].
- Raab, Heike (2005): Aspekte queerer Staatskritik - Heteronormativität, institutionalisierte Identitätspolitiken und Staat. In: *femina politica* 1, S. 59–69.
- Ritzl, Claudia/ Kaufmann, Vanessa (2014): Vom „menschlichen Grundbedürfnis“ zum „Humanvermögen“. Ökonomisierungsprozesse in der deutschen Familienpolitik. In: Schaal, Gary S. u. a. (Hrsg.): Die Ökonomisierung der Politik in Deutschland. Wiesbaden, S. 97–129.
- Roberts, Dorothy (2015): Reproductive Justice, not just rights. <https://www.dissentmagazine.org/article/reproductive-justice-not-just-rights> [Abruf: 18.07.2018].
- Schmidt, Renate (2001): Familienpolitik für das 21. Jahrhundert. In: Leipert, Christian (Hrsg.): Familie als Beruf: Arbeitsfeld der Zukunft. Opladen, S. 119–127.
- Schultz, Susanne (2015): Reproducing the nation: The new German population policy and the concept of demographization. In: Distinktion. Scandinavian Journal of Social Theory 16, 3, S. 337–361.
- Schultz, Susanne (2016): Die zukünftige Nation. Demografisierung von Migrationspolitik und neue Konjunkturen des Rassismus. In: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 2, 1, S. 117–138.
- Schutter, Sabina/Zerle-Elsäßer, Claudia (2012): Das Elterngeld: Wahlfreiheit und Existenzsicherung für (alle) Eltern? In: WSI Mitteilungen 3/2012, S. 216–225.
- Statistisches Bundesamt (2015a): Wie die Zeit vergeht: Ergebnisse zur Zeitverwendung in Deutschland 2012/2013. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2015b): Rund 80 % der Väter in Elternzeit beziehen Elterngeld für zwei Monate. Pressemitteilung vom 25.03.2015. www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemittelungen/2015/03/PD15_109_22922.html [Abruf: 13.07.2018].
- Statistisches Bundesamt (2017): Väterbeteiligung beim Elterngeld steigt weiter an. Pressemitteilung vom 15.02.2017 www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemittelungen/2017/02/PD17_054_22922.html [Abruf: 13.07. 2018].
- Wilson, Kalpana (2017): Re-Centring ‚Race‘ in Development: Population Policies and Global Capital Accumulation in the Era of the SDGs. In: Globalizations 14, 3, S. 432–444.
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) (2017): Gründe für Teilzeitbeschäftigung nach Elternschaft 2015. www.boeckler.de/51973.htm [Abruf: 13.07.2018].